

Pressemitteilung

Fahrradparkhaus Sehnde: Verantwortung erklären – statt Wahlkampf mit Angst

Sehnde, 8. Februar 2026

Die Diskussion um das Fahrradparkhaus in Sehnde nimmt zunehmend Züge eines aufgeheizten Wahlkampfs an. Statt sachlicher Abwägung dominieren zugespitzte Zahlen, Vermutungen und Untergangsszenarien. Auf den ersten Blick scheint es so, dass das Projekt aus dem Ruder gelaufen ist – es folgt aber vielmehr einem normalen, fachlich gebotenen Planungsprozess. Das Fahrradparkhaus wurde bereits 2022 geplant, unter Einbindung des ADFC, verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sowie externer Fachstellen. Auf Grundlage einer Baukostenplanung von 1.064.917 Euro wurden Bundesfördermittel in Höhe von 958.425 Euro bewilligt – 90 Prozent der förderfähigen Kosten.

Fördermittel dieser Art werden nur vergeben, wenn eine belastbare Planung vorliegt. Diese lagen vor. Bis heute sind bereits über 235.000 Euro in das Projekt geflossen, die Fördermittel wurden von der Stadt Sehnde vereinnahmt. Die jüngste Stellungnahme von Dr. Marco Schinze-Gerber - Bürgermeisterkandidat der CDU steht exemplarisch dafür: Mit den Wölfen heulen, statt Verantwortung zu übernehmen.

„Wer jetzt öffentlich den Abbruch des Projekts fordert, muss ehrlich sagen, was das bedeutet“, erklärt Daniela Busche.

„Rückzahlung der Fördermittel, Verlust der bereits investierten 235.000 Euro, zusätzliche Strafzinsen – und am Ende kein Fahrradparkhaus. Zumal die bisher verausgabte Summe bereits den eigentlichen Eigenanteil übersteigt. Das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern.“

Die Sehnderinnen und Sehnder fragen sich: Warum sind Mehrkosten in Höhe von über 386.000 Euro entstanden?

Ein zentraler Punkt, der in der aktuellen Debatte bewusst oder unbewusst verzerrt dargestellt wird, ist die **Entstehung der Nachkalkulation in Höhe von rd. 386.000 Euro**.

Ursprünglich war für das Gebäude eine **Bodenplatte auf Streifen- bzw.**

Punktfundamenten vorgesehen. Im weiteren Planungsverlauf wurde – fachlich zwingend – ein **Bodengutachten** erstellt. Dieses Gutachten kam zu dem Ergebnis, dass die ursprünglich geplante Fundamentlösung **nicht ausreichend tragfähig** ist.

Die Konsequenz:

Die Bodenplatte musste **statisch neu geplant und deutlich verstärkt** werden.

→ **Rund 70 Prozent der Kostensteigerung** entfallen allein auf diese notwendige Anpassung der Bodenplatte.

→ Die verbleibenden Mehrkosten ergeben sich aus **allgemeinen Teuerungen**, die durch den zeitlichen Verlauf des Projekts entstanden sind.

„Das sind keine Luxusentscheidungen, sondern bautechnische Notwendigkeiten“, so Busche. „Wer hier so tut, als seien die Mehrkosten willkürlich entstanden, verkennet die Realität von Bauprojekten – oder nutzt sie bewusst für Stimmungsmache.“

Angstpolitik statt ehrlicher Abwägung

Besonders irritierend ist die wiederholte Behauptung, zusätzliche Fördermittel für diese Nachkalkulation würden „voraussichtlich nicht bewilligt“. **Bislang gibt es dafür keinerlei belastbare Anhaltspunkte.** Dennoch wird mit einer pauschalen Teuerungsrate von **20 Prozent** operiert – eine Zahl, die vor allem eines bewirkt: Verunsicherung.

„Diese Form der Angstpolitik kennen wir“, sagt Busche. „Sie ersetzt Argumente durch Gefühle und Verantwortung durch Rückzug.“

Dabei liegen die realistischen Optionen offen auf dem Tisch:

1. **Projektstopp:**
Rückzahlung der Fördermittel, Verlust von rund **235.000 Euro**, kein Fahrradparkhaus.
2. **Beantragung zusätzlicher Fördermittel** für die 386.000 Euro Nachkalkulation – ebenfalls mit bis zu **90 Prozent Förderung**.
Eigenanteil der Stadt: dann ca. **150.000 Euro**, bei einem Gesamtgegenwert von rund **1,4 Millionen Euro**.
3. **Keine Bewilligung weiterer Fördermittel:**
Auch dann bleibt ein langfristiger infrastruktureller, sozialer und klimapolitischer Mehrwert für Sehnde.

Mehr als ein Fahrradstellplatz

Die immer wieder zitierte Rechnung von angeblich **11.000 Euro pro Stellplatz** bei 136 Stellplätzen greift bewusst zu kurz. Das Fahrradparkhaus umfasst unter anderem:

- Abstellplätze für **E-Bikes, Lastenräder und klassische Fahrräder**
- **Lademöglichkeiten** für E-Bikes

- **Fahrradwerkstatt und Kiosk**
- **Mögliche Arbeitsplätze für Bewohnerinnen und Bewohner der Wahrendorff-Einrichtungen – falls hier kooperiert wird**
- **Trinkwasserstation**
- **Öffentliche Toiletten** – seit Langem vom Seniorenbeirat gefordert
- Aufenthaltsräume und eine deutliche **Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Bahnhof**

„Das ist ein Mobilitäts-, Sozial- und Stadtentwicklungsprojekt“, betont Busche. „Wer es auf eine Zahl pro Stellplatz reduziert, betreibt Populismus – aber keine Politik für die Zukunft.“

Zusätzlich muss erwähnt werden, dass eine Umplanung des Projektes einen komplett neuen Antrag erfordert. Ob dieser dann bewilligt wird, steht in den Sternen. Auch dann sind die bereits gezahlten Beträge weg. Die Variante, dann planen wir eben mal den Kiosk und die Toiletten weg, zieht so nicht.

Ich bleibe dabei – klarer Kurs heißt auch, zu seinen Entscheidungen stehen, die man getroffen hat.

Verantwortung heißt: Optionen prüfen, nicht kapitulieren

Ein Antrag auf zusätzliche Fördermittel bedeutet nicht automatisch höhere Kosten.

Er bedeutet, **alle Möglichkeiten auszuschöpfen**, bevor irreversible Entscheidungen getroffen werden.

„Warum jetzt die Reißleine ziehen?“, fragt Busche abschließend.

„Warum nicht abwarten, was genehmigt wird? Entwicklung braucht Mut. Stillstand entsteht aus Angst. Sehnde verdient Ersteres.“

Daniela Busche

Heidering 12

31319 Sehnde

Tel.: 0178/1972340